

147

Herr Pfarrer, auf ein Wort

„Aus diesen Gründen respektiert die Kirche zwar die Autonomie der Politik, beschränkt aber ihre eigene Mission nicht auf den privaten Bereich. Im Gegenteil, sie kann und darf beim Aufbau einer besseren Welt nicht abseitsstehen, noch darf sie es versäumen, ‚die seelischen Kräfte zu wecken‘, die das ganze Leben der Gesellschaft bereichern können.“ Papst Franziskus

Superwahljahr: Eine ältere Messbesucherin zieht den neuen Pfarrer am Ende der Sonntagsmesse zur Seite. Seine dritte Messe in der neuen Gemeinde, noch leicht nervös – man muss ihn erst kennenlernen. Ihr Blick ernst, die Stimme gesenkt. Ein anstehendes Begräbnis? Eine Großspende zugunsten der Kirchensanierung? Nein, viel trivialer – dennoch keine Seltenheit.

„Herr Pfarrer, auf ein Wort!“

Er stutzt. Gerade erst von seinem Orden in ein ihm bis dato fremdes Land versetzt, hat er mit so viel Vertrauen nicht gerechnet. Die Dame stellt Kleidersack für die Monatssammlung ab und beugt sich nahe an sein Ohr, ist sichtlich um Diskretion bemüht.

„Wos soll i wählen?“

Na Servus, Herr Pfarrer. Schwierig. Grundsätzlich ist die Kirche keine Partei. Zwar ein Staatsgefüge im Sinne des Vatikans, ein gern gesehener Gast bei diversen Ereignissen von Autobahneröffnung bis G7-Gipfel und nicht zuletzt durch Papst Franziskus auch immer stärker ein globales Sprachrohr gegen die Ungerechtigkeit und für einen globalen Frieden. In der Theorie zumindest. Doch welche Antwort soll der neue Pfarrer also geben?

Um diese Frage zu klären, gilt es zunächst eine Grundsatzfrage zu lösen. Darf, und inwieweit, sich die Kirche politisch äußern? Im Matthäusevangelium heißt es im Zuge einer hochzeitlichen Diskussion über Steuerzahlungen noch „So gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“ (Mt 22,21). Damit wäre das Finanzielle, Stichwort

„Kirchensanierung“, also geklärt.

Was die politische Positionierung der Kirche betrifft, kommt man nicht umher, dieses Grundsatzproblem größer zu denken. Politische Positionierung im Sinne eine Verantwortung ergreifenden Gruppe ist zeitweise durchaus nötig. Politik, per Definition eine „Methode, Art und Weise, bestimmte eigene Vorstellungen gegen andere Interessen durchzusetzen“ kann nur dann ausgewogen funktionieren, wenn jede Seite eine starke Stimme für sich weiß.

Vertriebene, Krisenverlierer, Arme – die Liste derer, die diese Stimme nötig haben, ist lang. Ob in Ukraine, Katastrophen oder bei der Bekämpfung der globalen Armut – hier ist ein aktiver „vatikanischer Lobbyismus“ für die gute Sache angemessen. Besonders unter dem Pontifikat Franziskus‘ ist diese Fürsprache für die Benachteiligten unserer Gesellschaft lauter geworden.

„Moment. Papst? Den kann i jo ned wählen. Oder is der a Politiker?“

Nein. Franziskus wird in den Medien allgemein als „politischer Papst“ bezeichnet. Er selbst erklärt seine Haltung deutlich: „Aus diesen Gründen respektiert die Kirche zwar die Autonomie der Politik, beschränkt aber ihre eigene Mission nicht auf den privaten Bereich. Im Gegenteil, sie kann und darf beim Aufbau einer besseren Welt nicht abseitsstehen, noch darf sie es versäumen, ‚die seelischen Kräfte zu wecken‘, die das ganze Leben der Gesellschaft bereichern können.“

Diese von Franziskus erwähnten seelischen Kräfte ruhen in jedem von uns. Indem er dazu aufruft, christliche Werte wie etwa Nächstenliebe oder Toleranz aktiv zu leben, bittet er uns indirekt auch um Positionierung. Ist eine gewinnorientierte Profitsteigerung im Sinne eines modernen Unternehmens mit diesen Werten für mich vereinbar? Der Papst zwingt uns keine Antwort auf, lässt die Frage bei uns, um sie zu beantworten. Er möchte uns daher nur indirekt in eine bestimmte politische Richtung weisen – in die Richtung der Nächstenliebe. Und das schließt unabhängig von jeglicher Parteisymphathie nur eines explizit aus: politische Inaktivität.

Und was machen wir Christen? Gleich ob Christ, oder nicht, die Politik bestimmt unser aller Leben. Globale Allianzen entscheiden über Frieden und Krieg, lokale Regierungen über Gehalt und Lebensstandard. Die derzeit stärkste Fraktion im europäischen Parlament, die EVP

setzt sich, so ihre Selbstbezeichnung, aus „christlich-demokratischen und bürgerlich-konservativen Mitgliedsparteien“ zusammen. Bei über 25% Mandatsverteilung also ganz schön viel Christentum im politischen Zentrum Europas. Es ist ein gutes Recht der Kirche, diese Parteien, die sich das Christentum aktiv in ihre Programme schreiben, an ebendieses zu erinnern. Und doch, eine aktive Einmischung in tagespolitisches Geschehen ist zu hinterfragen.

Schon weil das eine Entscheidung eines einzelnen zu Themen provozieren würde, die sich mitunter weder theologisch noch moralisch auslegen und so begründbar machen lässt. Korrekt wäre nach der obigen Schlussfolgerung auf die Wahlfrage also die Antwort: Setzen Sie sich mit den Programmen der Parteien auseinander und urteilen Sie dann auf Basis Ihres christlichen Wertekompasses dementsprechend.

„Bitte?“

Richtig, unrealistisch, Juristendeutsch – diese Antwort macht wohl noch verunsicherter. Auch in der Politik reichen vage Aussagen, die zwar moralisch und dafür auch inhaltlich so nebulös und leer sind, dass sie – komme was wolle – allgemeingültig bleiben, nicht aus. Denn gerade in solchen Antworten verliert die Kirche ihr Profil. Wer in Kriegszeiten daran erinnert, Menschlichkeit und Nächstenliebe nicht zu vergessen – ach ja, da wäre noch das fünfte Gebot: nicht töten – macht sich unglaublich, denn er zeigt, dass er sich zu einem mutigen, ehrlichen Auftritt nicht gewachsen fühlt. Sätze, wie sie weltweit in der Masse von voreilig getätigter Mitleidsrhetorik und Mahnungspalaverie untergehen.

Es müssen konkrete Forderungen sein, die die Kirche tätigt; Handlungsanweisungen, die verständlich und dennoch konkret sind. Religion ist eben doch auch Politik, Religion setzt ihre Interessen gegen andere durch. Der Fehler liegt darin, diesen Interessenskonflikt als Dualismus zu sehen – als Konflikt zwischen Gut und Böse. Wir, die seligen Christen; die anderen, die meinungsfalschen Ungläubigen. So kommt kein Konsens zusammen. So entsteht Spaltung. Und Spaltung kann nicht im Sinne einer aktiven katholischen Kirche sein – Stichwort: Brüderlichkeit; Stichwort: Nächstenliebe.

Insofern hat sich die Kirche sehr wohl politisch zu äußern. Und das dennoch nicht im Sinne einer Parteilinie oder einer ganz bestimmten Interessensgemeinde. Die Kirche hat keine Wahl

zu gewinnen oder zu verlieren. Sie hat, in dieser Hinsicht, nur einen Auftrag: Partei für den Menschen zu ergreifen. Solange die „Positionierung“ sich an diese Maxime hält, kann nichts schiefgehen, könnte man denken.

„Aha, Herr Pfarrer. Oiso eigentlich ned so schwer“

Tja. Leider doch. Niemand auf der Welt kann für alle sprechen. Niemand auf der Welt hat alles hundertprozentig im Blick. Deshalb ist es so gut wie unmöglich, für jeden gleichermaßen Partei zu ergreifen. Der Teufel liegt in der Individualität eines jeden. Viele Individuen teilen womöglich ein Problem. Und genau hier muss die Kirche ansetzen. Sie darf sich nicht in Nichtigkeiten, wie in der Debatte über einen neuen Regenbogenzebrastreifen in Hernalz verlieren und auf eine Seite stellen. Damit ist den Armen dieser Welt, denen die niemanden haben, der auf sie schaut – damit ist den vielzitierten Brüdern und Schwestern nicht geholfen. Die Kirche muss das Große und Ganze sehen und darf zeitgleich den Einzelnen nicht aus den Augen verlieren. Und sich so ihrer Rolle bewusst werden.

Um also auf unsere ursprüngliche Frage zurückzukommen: die Antwort ist viel trivialer, als man denken könnte. „Das müssen Sie entscheiden.“ Denn auch das ist Politik – Diskurs durch Vielfalt, durch Meinungsverschiedenheit, durch freie Wahl. Denn: verfehlt die Kirche nicht gerade durch eine konkrete Wahlempfehlung ihre politische Rolle?

„Aha, na wenn Sie sagen. Dann überleg‘ i mir was. Vergelt‘ s Gott!“

Die Dame zieht gen Pfarrcafé zu Bröselorte und Kaffeeweißer – und, Herr Pfarrer, auf ein Wort: Sauber gelöst. Und wenn die Wahlen einmal geschlagen sind, geht es wieder um weltlichere Dinge, wie die Kirchensanierung. Meistens zumindest.